

**Kommunalwahlprogramm 2021-2026**  
**DIE LINKE. NEU-ISENBURG**  
für die Wahl am 14. März 2021



## VORWORT

Nach erfolgreicher Oppositionsarbeit in den vergangenen 5 Jahren, treten wir erneut zur Kommunalwahl in Neu-Isenburg an, um uns für ein gutes Leben für alle Menschen in unserer Stadt einzusetzen und eine bessere Zukunft in Neu-Isenburg zu gestalten. Wir stehen für eine direkte Beteiligung der Bürger\*innen, für ein lebenswertes Miteinander, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit ein. Wir engagieren uns dafür, dass in unserem reichen Land jeder Mensch ohne Armut und ohne Angst davor leben kann.

DIE LINKE. in Neu-Isenburg setzt sich mit voller Kraft dafür ein, dass jeder Mensch ein elementares Recht auf angemessene Dienstleistungen und auf eine Infrastruktur hat, welche das Prädikat „LEBENSWERT“ auch wirklich verdient. Dazu zählen nicht zuletzt die soziale Absicherung, ein barrierefreier Zugang zu hochwertiger Bildung und zu Möglichkeiten der Freizeitgestaltung sowie ein sicheres und gepflegtes Wohn- und Lebensumfeld. Hierin sehen wir die vordringliche Aufgabe der Stadt.

Die letzten Monate haben gezeigt, wie wichtig gerade die vorgenannten Punkte sind. Die aufkommende Wirtschaftskrise, die durch die Corona-Pandemie noch verstärkt wurde, trifft die am härtesten, die wenig haben. Viele Menschen haben drastische Einkommensverluste bis zum Totalausfall hinnehmen müssen. Während große Konzerne Milliarden an Hilfen bekommen haben, gingen z.B. Soloselbstständige, Kulturschaffende und Kleingewerbetreibende nur allzu oft leer aus. Infolge der Corona-Pandemie trat auch die gesellschaftliche Arbeitsteilung, die Frauen erheblich benachteiligt, noch offener zu Tage. Die beklatschten systemrelevanten Tätigkeiten werden häufig schlecht bezahlt, der Ausfall von Betreuungseinrichtungen ging zu Lasten von Frauen ebenso wie ein dramatischer Anstieg häuslicher Gewalt. Nicht wenige Menschen in unserer Stadt haben zurzeit existenzielle Ängste und sehen eher pessimistisch in die Zukunft. Es ist noch immer nicht endgültig abzusehen, wie dramatisch die Folgen der Pandemie für die ökonomische Lage, die öffentliche Infrastruktur und Finanzen sowie das gesellschaftliche Leben am Ende sein werden.

Soziale Gerechtigkeit ist für uns weiterhin der Mittelpunkt linker Kommunalpolitik. Bei der Kommunalwahl und der Zeit danach muss es nun darum gehen, konkrete Lösungen und Wege aufzuzeigen, die Lebensbedingungen der Menschen in Neu-Isenburg solidarisch und demokratisch zu gestalten. Wir stehen für eine direkte Beteiligung der Bürger\*innen.

DIE LINKE kämpft für eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus, frei von Ausbeutung des Menschen, Unterdrückung und Zerstörung der Natur. Wir kämpfen dafür, dass alle Menschen in dieser Gesellschaft in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Unsere Arbeit findet innerhalb und außerhalb des Parlamentes statt; Bürger\*inneninitiativen und ähnliches sind nötig, um genügend Druck aufzubauen. DIE LINKE. wird sich an solchen Initiativen beteiligen und diese unterstützen. Für die Linke bleibt das Motto „Global denken – lokal handeln“ ein Leitgedanke solidarischer Politik.

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>1. Eine Stadt mit sozialer Infrastruktur für Alle.....</b>	<b>4</b>
<b>2. Nachhaltig bauen und leben .....</b>	<b>5</b>
<b>3. Klimagerechte Kommune, sozial gemacht.....</b>	<b>5</b>
<b>4. Für eine moderne Mobilität von morgen .....</b>	<b>7</b>
<b>5. Bildung und Kultur als Allgemeingut .....</b>	<b>9</b>
<b>6. Digitale Teilhabe sicherstellen .....</b>	<b>11</b>
<b>7. Öffentliche Daseinsvorsorge in demokratischer Kontrolle.....</b>	<b>12</b>
<b>8. Inklusive und weltoffene Stadt .....</b>	<b>13</b>
<b>8.1 Gesellschaftliche Teilhabe für alle Einwohner*innen</b>	<b>13</b>
<b>8.2 Geschlechtergerechtigkeit und -gleichstellung durchsetzen</b>	<b>14</b>
<b>8.3 Gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung</b>	<b>14</b>
<b>8.4 Die Hugenottenstadt als sicherer Hafen für Geflüchtete</b>	<b>15</b>
<b>9. Mehr direkte Demokratie wagen .....</b>	<b>16</b>
<b>10. Kampf gegen Faschismus und Rassismus und für eine Kommune für den Frieden</b>	<b>16</b>
<b>11. Reichtum besteuern und kommunale Aufgaben finanzieren .....</b>	<b>17</b>
<b>12. Zukunftsvisionen und Demografischer Wandel .....</b>	<b>18</b>

## **1. Eine Stadt mit sozialer Infrastruktur für Alle**

Die aktuelle Krise zeigt uns wie unter einem Brennglas, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht. Wir wollen einer weiteren Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken und mit unseren Forderungen einen Weg für ein lebenswertes Neu-Isenburg, ein gleichberechtigtes Miteinander, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit aufzeigen. Eine soziale Infrastruktur, die allen Neu-Isenburger\*innen zu Gute kommt, ist dafür ein wichtiger Bestandteil.

Neben einer guten Grundversorgung mit ausreichenden und kostenfreien Kinderbetreuungsplätzen vom U3-Bereich bis zur Nachmittagsbetreuung für Schüler\*innen bis zu 16 Jahren, gehören auch Jugendräume und Begegnungsstätten für Senior\*innen zu einer guten Infrastruktur in Neu-Isenburg. Wir wollen

### **Attraktivität der Kinderbetreuung steigern**

- **die Schaffung von gebührenfreien Kita-Plätzen in ausreichender Anzahl**
- **Sicherung einer übertariflichen Entlohnung für Erziehungsfachkräfte vor allem in der Ausbildung, sowie die Steigerung der Attraktivität der Ausübung des Berufs in Neu-Isenburg**

### **Öffentliche Räume für Alle schaffen**

- **einen offenen Jugendraum und einen Gesellschaftsraum pro Stadtteil bzw. Stadtquartier**
- **die Verankerung sozialer Treffpunkte in zukünftigen Bebauungsplänen**

Weiterhin ist eine gute Gesundheitsversorgung vor Ort unerlässlich. Um dies zu gewährleisten ist es erforderlich die bestehende medizinische Versorgung mit Haus- und Kinderärzten sowie ausreichend Fachärzten zu sichern und eine langfristige Nachfolgeplanung für Arztpraxen aufzustellen. Für Menschen, denen medizinisch nicht mehr geholfen werden kann, ist die Schaffung von stationären Betreuungsmöglichkeiten zur Sterbebegleitung (z.B. durch ein Hospitz) vor Ort neu zu planen. Damit Menschen mit vorübergehenden oder dauerhaften Bewegungseinschränkungen ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen können, ist der Ausbau und die Einhaltung der Barrierefreiheit im Alltag dringend erforderlich. Wir fordern daher:

### **Gesundheitsversorgung gewährleisten**

- **Neu-Isenburg als attraktiven Standort für Hausärzt\*innen sowie medizinisches Fachpersonal, um eine bessere medizinische Versorgung zu gewährleisten**
- **Schaffung von stationären Betreuungsmöglichkeiten zur Sterbebegleitung (z.B. ein Hospitz) vor Ort**
- **die Einhaltung der Barrierefreiheit im Alltag**

Damit auch Menschen mit niedrigeren Einkommen die Infrastruktur in Neu-Isenburg nutzen können, fordert DIE LINKE. die Einführung eines Sozialpasses. Damit kann erwerbslosen und einkommensschwachen Menschen der kostenlose Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen (von den Kindergärten, über das Schwimmbad, die Stadtbibliothek, den Museen bis zur kostenlosen Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel) gewährt werden. Darüber hinaus sollen für diesen Personenkreis zusätzliche Hilfen zu besonderen Anlässen (zum Beispiel Weihnachtsbeihilfen oder

Beihilfen bei Einschulungen) gewährt werden. Zudem sollten die städtischen Versorgungsbetriebe, mit Hilfe von Sozialtarifen eine soziale und ökologische Preisgestaltung einführen. Wir fordern:

### **Sozialpass und Sozialtarife einführen**

- **Einen Sozialpass, d.h. kostenlosen oder vergünstigten Zugang zu Kultur, Bildung und Sport**
- **Die finanzielle Unterstützung erwerbsloser und armer Menschen zu besonderen Anlässen**
- **Sozialtarife bei den Stadtwerken für die Energie- und Wasserversorgung und den städtischen Personennahverkehr**

## **2. Nachhaltig bauen und leben**

Angemessenes Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Doch durch die attraktive Lage zu Frankfurt steigen auch in Neu-Isenburg seit Jahren die Mieten überdurchschnittlich und die Situation spitzt sich immer weiter zu. Dadurch werden Menschen mit geringem Einkommen in immer schlechtere Wohngebiete verdrängt. Das will DIE LINKE stoppen. Soziale Wohnungspolitik ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Mieterinnen und Mieter dürfen nicht der Willkür eines unregulierten Wohnungs- und Finanzmarkts überlassen werden. Deshalb ist die kommunale Wohnungspolitik für DIE LINKE eine Kernaufgabe – vor und nach der Wahl.

In Neu-Isenburg ist der Anteil von Sozialwohnungen seit den 90er Jahren rückläufig. Statt im Bereich geförderter und preisgebundener Wohnungen neue Akzente zu setzen, investiert die städtische GEWOBAU fast nur noch in den Bau hochpreisiger Immobilien. Auch im Stadtquartier Süd wird es voraussichtlich nur Wohnungen für Besserverdienende geben. Nur durch die ständige Intervention der LINKEN im Stadtparlament konnte wenigstens die Beibehaltung des Status Quo bei den Sozialwohnungen erreicht werden. Die alleinige Verlängerung von Belegungsrechten und Mietpreisbindungen ist für DIE LINKE aber zu wenig. Wir wollen das Landesprogramm „Großer Frankfurter Bogen“ verstärkt für den Neubau von gefördertem Wohnraum nutzen. Wir stehen für:

### **Sozial und ökologisch bauen**

- **die Erhöhung der Anzahl der bestehenden Sozialwohnungen**
- **den Neubau von geförderter und preisgebundener Wohnungen durch die GEWOBAU**
- **die Einführung einer Sozialwohnungsquote von 30 Prozent bei allen Neubauten**
- **die Verwendung nachhaltiger Baustoffe und Energieversorgung**

### **Neubaubereich Stadtquartier Süd gestalten**

- **die Mitplanung einer Grundschule im Neubaubereich Stadtquartier Süd**
- **die Erhöhung der Plätze der neu zu bauenden Kindertagesstätte und Schaffung von genügend Außenspielflächen**
- **Mehr Fahrradstellplätze und Ladestationen für alternative Antriebsarten**

## **3. Klimagerechte Kommune, sozial gemacht**

Die in der laufenden Wahlperiode im Rathaus regierende Koalition aus CDU, Grünen und der FWG hat zwar ein Klimaschutzkonzept auf den Weg gebracht, konkrete Maßnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas lassen aber auf sich warten. Klimaschutz erfordert ernsthafte Maßnahmen zu ergreifen und die Energie-, Verkehrs- und Agrarwende auch vor Ort umzusetzen.

Nur so kann der Klimawandel, eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen heute, gestoppt werden. Eins ist klar: Ökologische Nachhaltigkeit wird innerhalb des wachstumsgetriebenen Kapitalismus nicht realisierbar sein.

Klimapolitik muss sozial gerecht sein, denn Ökologie und Soziales sind zwei Seiten derselben Medaille. Die ökologische Transformation muss Hand in Hand mit der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit gehen, den Menschen die Existenzängste nehmen und echte gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Der sozial-ökologische Umbau der Wirtschaft wird mit tiefgreifenden strukturellen Veränderungen verbunden sein. Er beinhaltet einen mehrfachen Umverteilungsprozess: von oben nach unten, von fossil zu erneuerbar, vom globalen Norden in den globalen Süden, von Staat zu Bürger\*innenschaft und von privat zu öffentlich. Uns ist klar, dass die aufgeführten Veränderungen mit einem massiven Umbau des Arbeitsmarktes einhergehen. Das schürt Ängste und führt zur Verunsicherung der Beschäftigten. Sozial-ökologischer Umbau bedeutet auch die Belange der Beschäftigten eine zentrale Rolle spielen zu lassen. Nur gemeinsam können wir das Klima retten.

Die Energieversorgung ist wie die Wasserversorgung und Entsorgung eine öffentliche Aufgabe und muss auch eine solche bleiben. Diese Einrichtungen müssen den Menschen dienen und dürfen nicht Profitwünsche privater Kapitaleigner erfüllen. Die Bürger\*innen brauchen keine großen Energiekonzerne, die Atomkraftwerke und fossile Großkraftwerke betreiben. Die kapitalistische Produktionsweise in ihrem Wachstumszwang erschließt und verbraucht die Ressourcen der Erde und belastet die Lebensgrundlagen der Menschen.

DIE LINKE unterstützt lokale Energie- und Umweltprojekte, zur Verbesserung der ökologischen Lebensbedingungen und für den Ausbau lokaler erneuerbarer Energieerzeugung. Wir begrüßen daher ausdrücklich die Kooperation der Stadtwerke und der GEWOBAU zur Erzeugung von Mieterstrom via Photovoltaik. DIE LINKE fordert, dass die Stadt nach diesem guten Vorbild auch auf den Dächern der städtischen Gebäude verstärkt Strom durch Solaranlagen produziert.

Die Reduzierung des Ressourcen- und Energieverbrauchs ist Basis einer sozialökologischen Klima- und Umweltpolitik. Wir wollen gemeinsam mit lokalen Gruppen fortschrittliche und zukunftsorientierte Energiekonzepte politisch durchsetzen. DIE LINKE Neu-Isenburg wird die Arbeit der zu Jahresbeginn eingestellten Klimaschutzmanagerin in der Stadtverwaltung wohlwollend aber dennoch nicht unkritisch begleiten. Ebenso soll die neutrale und unabhängige Energieberatung der Verbraucherzentrale Hessen weiter regelmäßig und kostenfrei in Räumlichkeiten der Stadt angeboten werden. Energieeinsparungen und der Umstieg auf erneuerbare Energien müssen Hand in Hand gehen. Hier soll die Stadt Neu-Isenburg in ihrem eigenen Verantwortungsbereich weiterhin mit gutem Beispiel bei der Energieeinsparung vorangehen. Wir sehen hier Potenzial durch die Installation intelligenter Straßenlaternen im Zuges des Projektes Smart City und das Ausschalten von wenig genutzten Ampeln in der Nacht.

### **DIE LINKE will Energie überlegt nutzen**

- **die Errichtung von Solaranlagen auf städtischen Dächern**
- **die Installation intelligenter Straßenlaternen im Zuges des Projektes Smart City**
- **das Ausschalten von wenig genutzten Ampeln in der Nacht**

Viele Kommunen können ihre Strom- und Gasversorgung aus erneuerbaren Energien, Energiegewinnung im Zusammenhang mit der Abfallbehandlung und ihre Wasserversorgung lokal selbst organisieren und sich so von den großen Energiemonopolisten unabhängig machen. Deshalb treten wir als DIE LINKE dafür ein, die Ver- und Entsorgung in Neu-Isenburg weiter mit den Stadtwerken und dem DLB als kommunale Betriebe zu betreiben. Wir treten für sozial

gestaffelte Tarife ein, damit für alle die Energieversorgung bezahlbar bleibt. Strom oder Gasabschaltungen müssen unterbleiben. Bei der lokalen Energieerzeugung unterstützen wir zudem die genossenschaftlich organisierten Projekte zur ortsnahen regenerativen Energieerzeugung unter Berücksichtigung der naturschutzrechtlichen Bestimmungen insbesondere durch Photovoltaik, Wind - oder Wasserkraft.

Die Ausweisung von Neubaugebieten und Nachverdichtungen im innerstädtischen Bereich dürfen nicht zur Zerstörung weiterer Grünflächen führen. Zu einem begrünten und lebendigen Stadtleben gehört auch der Einsatz der Stadtgärtnerei. Wir setzen uns dafür ein, dass der DLB eine ökologische Landschaftspflege betreibt.

#### **Wir wollen die Stadt erblühen lassen**

- **die Entsiegelung öffentlicher Flächen und ein Verbot von Schottergärten**
- **die Schaffung von weiteren Blumenwiesen auf Verkehrsinseln, ungenutzten Verkehrsflächen oder anderer Freiflächen**
- **die Begrünung der Fassaden städtischer Gebäude**

#### **4. Für eine moderne Mobilität von morgen**

Automobilkonzerne und deren Profitinteressen haben lang genug unser Stadtbild geprägt, es ist Zeit für einen notwendigen Wandel der Mobilität hin zum öffentlichen Verkehr sowie der Förderung von Fuß- und Radverkehr. DIE LINKE. steht für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) aus ökologischen und sozialen Gründen. Die bestehenden öffentlichen Nahverkehrsmittel müssen gefördert und neue Konzepte öffentlicher Mobilität entwickelt werden. Nur so schafft man letztendlich auch mehr Lebensqualität in der Innenstadt und in den Ortsteilen.

In Neu-Isenburg ist bereits ein gutes Grundgerüst des ÖPNV vorhanden und weitere Neubauprojekte, wie die Verlängerung der Straßenbahn ab der Frankfurter Stadtgrenze nach Dreieich oder sogar Langen sind in der Planung. Durch den bereits beschlossenen Anschluss an die Regionaltangente West (RTW) soll sich für Neu-Isenburg die Situation noch zusätzlich verbessern. Aufgrund der wenig belastbaren Streckenführung im Bereich der Friedhofstraße, der Störungsanfälligkeit des eingleisigen Betriebs, der Eingriffe in die Umwelt und möglicher zusätzlicher finanzieller Belastungen der Neu-Isenburger\*innen, wird DIE LINKE. dieses Bauvorhaben weiterhin kritisch begleiten.

DIE LINKE. fordert weiterhin die Bereitstellung zusätzlicher oder größerer Busse zu Schul- und Stoßzeiten (auch nach Dreieich), den Einsatz von Midi- oder Minibussen in den Randzeiten und begrüßt die Erprobung und ggf. Einführung von autonomen Fahrsystemen für Shuttle- bzw. Zubringerdienste. DIE LINKE. unterstützt grundsätzlich einen schnellen und umfassenden Ausbau des ÖPNV, mehr Strecken, höhere Taktung, die vollständige Barrierefreiheit, mehr Fahrzeuge und mehr Personal. Dem ÖPNV ist immer Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr einzuräumen. Letzterer führt zu immensen Belastungen der Umwelt und der Menschen durch Feinstaub und Lärm.

Die ÖPNV-Preisgestaltung muss sozialen Kriterien Rechnung tragen, denn insbesondere einkommensschwache Menschen sind in ihrer Mobilität eingeschränkt, die Fahrpreise sind für diese oft nicht bezahlbar. Fahrten in die Nachbarkommunen dürfen nicht am Geldbeutel scheitern. Selbstverständlich strebt DIE LINKE. einen Null-Tarif im öffentlichen Nahverkehr an. Die Beförderung von Schüler\*innen muss schon jetzt kostenfrei bis zur 13. Klasse und für Fahrten zur Berufsschule und dem Ausbildungsplatz angeboten werden.

#### **Wir wollen den ÖPNV stärken**

- **die Intensivierung der Planungen für eine Verlängerung der Straßenbahn bis nach Langen**
- **die Bereitstellung zusätzlicher oder größerer Busse zu Schul- und Stoßzeiten (auch nach Dreieich), den Einsatz von Midi- oder Minibussen in den Randzeiten**
- **Senkung der RMV-Fahrpreise für Fahrten in die Nachbarkommunen und längerfristig die Bereitstellung des Stadtbusverkehrs zum Nulltarif**

Neben dem Ausbau des ÖPNVs, braucht es sichere Räume für das Fahrrad und die Fußgänger\*innen. Nur so kann die Voraussetzung geschaffen werden, um aus dem Autoindividualverkehr auszusteigen. DIE LINKE tritt daher für eine attraktivere Gestaltung der Stadt Neu-Isenburg für Fahrradfahrende ein. Das Radwegenetz muss in der Innenstadt aber auch zwischen den Stadtteilen und den Nachbarkommunen ausgebaut werden, wie zuletzt der Streckenabschnitt zwischen Gut Neuhof und dem Buchenbusch. Beschädigte Fahrradwege müssen erneuert werden.

Weiterhin sollen bevorzugt auf den Schulwegen Fahrradstraßen, in denen Fahrräder vor Autos Vorrang haben, eingerichtet werden und kleinere Nebenstraßen gänzlich (Anlieger ausgenommen) für den Autoverkehr gesperrt werden. Die Hauptverkehrsachsen und Hauptstraßen müssen durch geschützte Fahrradstreifen umgestaltet werden. Nach schlechten Erfahrungen mit einem privaten Anbieter in der Vergangenheit, setzt sich DIE LINKE. für die Einführung eines kreisweiten Bike-Sharing-Systems in öffentlicher Hand ein. Damit kann sichergestellt werden, dass alle Menschen die Möglichkeit der Fahrradnutzung haben, Durch Reparatur- und Ersatzteilautomaten an zentralen Punkten der Stadt, sollen Fahrradfahrende künftig im Falle einer Panne abgesichert werden. DIE LINKE. klistiert den großen öffentlichen Platzverlust den geparkte PKWs erzeugen und setzt sich an ausgewählten Stellen für den Umbau von Parkplätzen in Fahrradabstellplätze ein. DIE LINKE. will ein

### **Engmaschiges Radnetz knüpfen**

- **die weitere Umgestaltung von Schulwegen und Seitenstraßen in Fahrradstraßen und -zonen**
- **die Einrichtung von durchgehenden Fahrradschutzstreifen auf den Hauptverkehrsachsen (z.B. Frankfurter Straße, Offenbacher Straße)**
- **die Errichtung von Reparaturstationen mit Ersatzteil Automaten für Fahrräder**
- **Den Ausbau sicherer, beleuchteter Radstellplätze**

DIE LINKE. lehnt die noch immer andauernde politische und finanzielle Bevorzugung des Automobils gegenüber öffentlichen Verkehrsmitteln ab. Bei den Planungen zur Verbesserung der Attraktivität der Innenstadt, insbesondere des Alten Orts, tritt DIE LINKE. für eine Entschleunigung des motorisierten Individualverkehrs ein. Dies sorgt neben der Erhöhung der Lebensqualität auch noch für mehr Sicherheit und schont die Umwelt. Durch die Einrichtung von zusätzlichen Querungsmöglichkeiten, soll auch Fußgänger\*innen eine sichere Teilnahme am Verkehr ermöglicht werden. Unsere Vorschläge sollen

### **Den Verkehr sicherer und umweltbewusster machen**

- **die Gestaltung eines autofreien Alten Orts mit Ausnahmen für Lieferverkehr und Anwohnende**
- **ein generelles Tempolimit von 40km/h im innerstädtischen Bereich, Tempo 30 in allen Bereichen, in denen es möglich ist.**
- **eine Erhöhung der Anzahl von Querungsmöglichkeiten an sinnvollen Stellen**



DIE LINKE wendet sich gegen ökonomisch fragwürdige und ökologisch unverantwortliche Großprojekte wie den Ausbau des Frankfurter Flughafens und fordert das Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr sowie die Begrenzung der Flugbewegungen auf 380.000 pro Jahr. Sie unterstützt den Widerstand der Menschen vor Ort gegen Projekte, die das Klima, die Umwelt und die Gesundheit der betroffenen Menschen belasten.

## **5. Bildung und Kultur als Allgemeingut**

Auch wenn Neu-Isenburg bereits jetzt eine gute Ausstattung mit Kindertageseinrichtungen hat, ist die Versorgung noch nicht optimal. DIE LINKE fordert daher den weiteren Ausbau mit U3-Plätzen sowie Kindergärten und Kindertagesstätten, die komplett gebührenfrei angeboten werden und in denen eine qualifizierte Förderung durch ausreichendes sozialpädagogisches Fachpersonal für alle Altersgruppen gewährleistet ist. Gute frühkindliche Bildung ist nur mit einem guten Betreuungsschlüssel möglich, der Leitungsfreistellung, die mittelbare pädagogische Arbeit und die Anleitung von Auszubildenden stärker berücksichtigt. Um dies zu gewährleisten muss das Land die Kosten der pädagogischen Arbeit übernehmen. Der Beruf der Erzieher\*in geht mit einer mehrjährigen Ausbildung und einer hohen Verantwortung einher, er verdient wesentlich mehr gesellschaftliche Anerkennung. Um mehr Erzieher\*innen zu halten und zu gewinnen, sind bessere Bezahlung über Tarif und bessere Arbeitsbedingungen unabdinglich.

Ähnliches gilt auch für Schulen. In dem ständig wachsenden Ballungsgebiet Rhein-Main und somit auch im Kreis Offenbach müssen die Schulentwicklungspläne den tatsächlichen Anforderungen angepasst werden. Es darf nicht sein, dass ganze Grundschulgenerationen in Containern unterrichtet werden, weil Schulgebäude fehlen. Hier muss die Stadt Neu-Isenburg Druck auf den Kreis Offenbach ausüben, um solche Notlösungen zu vermeiden.

Inhaltlich sind mittelfristig neue pädagogische Wege zu gehen, z.B. durch ein jahrgangsübergreifendes Unterrichten und Lernen, Kleingruppenarbeit und die Ausweitung des gemeinsamen Unterrichts und Lernens über die vierte Klasse hinweg, Kooperationsmodelle mit anderen Schulen und in den höheren Klassen auch der verstärkte Einsatz von E-Learning.

Durch die Corona Pandemie werden die Familien benachteiligt, bei denen zum einen die beengte Wohnsituation ein konzentriertes Homeschooling nicht zulässt und zum anderen diejenigen, die nicht über die entsprechenden Endgeräte verfügen. Hier müssen Angebote geschaffen werden, wie die Bereitstellung eines Internetzuganges, der Endgeräte und eine personelle Unterstützung des Lernerfolgs sowohl via Internet aber auch als aufsuchende Hilfe, um die Schülerinnen und Schülern vor Ort zu begleiten. Genau das entspricht auch unserer Vorstellung einer guten und nicht sozial ausgrenzenden Schule.

Wir wollen mit einer Gemeinschaftsschule für Alle von der ersten bis zur zehnten Klasse die selektierende Mehrgliedrigkeit überwinden und Bildungswege für alle gleich öffnen, unabhängig von der finanziellen und sozialen Herkunft. Wo Entscheidungen auf kommunaler Ebene getroffen werden können, wird sich DIE LINKE. für jeden Schritt einsetzen, der das mehrgliedrige Schulsystem durch integrative Gemeinschaftsschulen ersetzt. Diese sind personell und sachlich so auszustatten, dass an ihnen inklusiver Unterricht stattfinden kann.

Wir fordern Ganztagschulen mit fachlich ausgebildetem Personal, das zu einer individuellen Förderung der Kinder in der Lage ist. Dazu gehört auch eine entsprechende räumliche und sachliche Ausstattung der Schulen sowie eine Erweiterung der Hausaufgabenhilfe für alle Altersstufen und Schulen. Kostenloses, in öffentlichen Küchen gekochtes Essen aus biologischem und regionalem Anbau muss zum Standard jeder Schule und jeder Kindertagesstätte gehören.

Eine öffentliche Förderung von Privatschulen und Kindertagesstätten, die von den Eltern Schul- oder Betreuungsgeld verlangen, lehnt DIE LINKE nachdrücklich ab. Solche Einrichtungen stehen in einem krassen Widerspruch zu unserer Forderung nach einer Bildung für alle.

### **Betreuungsmöglichkeiten erweitern**

- **mehr Sozialpädagog\*innen in Kitas und Schulen**
- **die Erweiterung der Hausaufgabenhilfe für alle Altersstufen und Schulen**

Die Angebote der Volkshochschule (VHS) sind sehr umfangreich und werden von den Bürger\*innen gut angenommen. Um auch für die Zukunft attraktiv zu bleiben, muss die VHS das Angebot an den Bildungsbedarf der Bürger\*innen kontinuierlich anpassen. Die Stadt Neu-Isenburg soll auch in Zukunft diesen Prozess organisatorisch als auch finanziell unterstützen.

Die Wahrnehmung kultureller Angebote beispielsweise der Musikschule, der Stadtbibliothek, von soziokulturellen Treffpunkten und von Veranstaltungen dürfen kein Luxus für begüterte Bürger\*innen sein. Kulturelle Angebote gehören grundlegend zur Lebensentfaltung aller und deshalb muss die Stadt Neu-Isenburg die kulturelle Arbeit weiterhin fördern. Eine veränderte Haushaltssituation darf nicht dazu führen, sich aus der kulturellen Arbeit zurückzuziehen, weil es sich angeblich um freiwillige Leistungen handeln würde.

Die Sanierung der noch aus den 70er-Jahren stammenden Hugenottenhalle ist dringend erforderlich, auch wenn es sich um ein zweistelliges Millionenprojekt handelt. Der Hallenumbau und die ebenfalls dringend notwendige Erweiterung der Stadtbibliothek müssen gemeinsam erfolgen. Der Zuschnitt der Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen muss sich am Bedarf Neu-Isenburgs orientieren. Einen Hang zu Gigantismus lehnt DIE LINKE ab. Ebenso darf die Vermarktung der Hugenottenhalle als Seminar- und Tagungsstätte nicht im Mittelpunkt stehen. Die Hugenottenhalle soll weiterhin eine Halle für alle Neu-Isenburger\*innen sein und sie muss auch weiterhin unter der Kontrolle der gewählten Vertreter\*innen in der Stadtverordnetenversammlung bleiben. Eine Auslagerung des Kulturbetriebes in der Hugenottenhalle in eine GmbH oder ähnliches Konstrukt lehnt DIE LINKE ab.

### **Wir stehen für:**

#### **Bildungs- und Kulturangebote ausbauen**

- **eine kontinuierliche Anpassung / Ergänzung des Angebotes der VHS an den Bildungsbedarf der Bürger\*innen**
- **eine Erweiterung der Stadtbibliothek gemeinsam der mit Hugenottenhalle zu einer kommunalen Bildungs- und Begegnungsstätte**
- **keine Ausgliederung des Kulturbetriebs in eine externe Gesellschaft – Kultur darf nicht den Gesetzen des Marktes unterworfen werden.**

Die freie Entfaltung von Kunst, Kultur und Wissenschaft und der Zugang aller Bevölkerungsschichten zu Kultureinrichtungen sind Voraussetzungen für eine demokratische Gesellschaft. Deshalb muss Kultur für alle Menschen erschwinglich und zugänglich sein. Wir treten nicht nur für die Förderung von "etablierter" Kultur, sondern ebenso für die Unterstützung von Subkultur ein. Kultur, Kunst und Kreativität dürfen nicht einer Verwertungslogik zum Opfer fallen. Daher sehen wir "creative economies" und "creative industries" kritisch.

Kulturelle Bildung muss besonders für Kinder und Jugendliche ausgebaut werden. Förderung von Kultur- und Kommunikationsinitiativen in den Stadtquartieren unter besonderer Berücksichtigung

der Interessen von Frauen, Kindern und Jugendlichen. Die Musikschule, die Museen sowie weitere Kultureinrichtungen und –angebote sind so zu fördern, dass sie gebührenfrei oder für alle bezahlbar bleiben.

Die Lebensqualität steigt mit den Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Dies erfordert eine entschlossene städtische Fürsorge und Pflege der gesamten Kulturlandschaft. Eigenständige und freie Kulturinitiativen, sowie soziokulturelle Zentren müssen noch besser gefördert werden, erhalten bleiben und in ihrer Selbstverwaltung gestärkt werden.

Um ein generationenübergreifendes Miteinander zu gewährleisten, setzt sich DIE LINKE. für eine attraktive Jugend- und Seniorenarbeit in Neu-Isenburg ein. Dazu gehört die Schaffung von Begegnungsstätten für Alt und Jung in allen Stadtquartieren einschließlich der Ortsteile Gravenbruch und Zeppelinheim.

## **6. Digitale Teilhabe sicherstellen**

Die Digitalisierung unserer Gesellschaft durchlebte aktuell dank Corona einen Riesenschub. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass alle von den Vorteilen der Digitalisierung profitieren können und gleichzeitig der Schutz der Persönlichkeits- und Freiheitsrechte gewahrt bleiben.

In der Abwägung zwischen technischer Innovation und Schutz der Persönlichkeitsrechte wird DIE LINKE im Zweifelsfall den Schutz der Persönlichkeitsrechte vorziehen.

Digitale Erreichbarkeit und digitale Angebote müssen flächendeckend verfügbar sein.

Für DIE LINKE ist es entscheidend, auf diesem Weg allen Menschen eine digitale Teilhabe zu ermöglichen. Dazu brauchen wir digitale Bildung für alle, hierzu gehören Einsteigerangebote für Netz-Senior\*innen ebenso wie Angebote zu Hatespeech, Cybermobbing oder dem Daten- und Persönlichkeitsschutz. Alle digitalen Portale müssen so gestaltet sein, dass das Prinzip der Barrierearmut bereits in der Konzeptphase berücksichtigt wird. Menschen mit Behinderungen müssen gleichberechtigt und diskriminierungsfrei an der digitalen Kommunikation teilhaben können.

DIE LINKE. war die erste Partei, die die Bereitstellung von kostenlosem WLAN in allen öffentlichen Einrichtungen und an öffentlichen Plätzen in Neu-Isenburg gefordert hat. Wir unterstützen den weiteren Ausbau von öffentlichen Hotspots, sowie Initiativen, die neben den öffentlichen WLAN-Anbietern, auch privat kostenfreie WLAN-Zugänge bereitstellen.

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) stellt die Kommunen vor neuen Herausforderungen. Alle Angebote, von Abfallentsorgung bis Zulassung von KFZ, müssen auch digital angeboten werden. Ziel ist es, den Bürger\*innen die Kommunikation mit der Verwaltung zu erleichtern, indem Behördengänge z.B. mit elektronischen Angeboten vereinfacht werden. Dies darf aber nicht dazu führen, das Personal abgebaut, Öffnungszeiten gekürzt oder Bürgerbüros geschlossen werden. Hierbei können auch neue Arbeitsformen wie Homeoffice und Telearbeit zum Einsatz kommen, wenn sie innerhalb der Dienststelle geregelt sind und nicht zu einer ständigen Erreichbarkeit führen.

DIE LINKE setzt sich für eine Änderung des Hessischen Informationsfreiheitsgesetzes ein und steht somit für Informationsfreiheit und Transparenz für alle Bürger\*innen. Daten und Informationen die mit öffentlichen Mitteln erhoben und verarbeitet wurden, müssen auch der Öffentlichkeit kostenfrei zur Verfügung stehen. Wir werden darauf achten, dass die bereits beschlossene Informationsfreiheitssatzung der Stadt Neu-Isenburg an ein geändertes Hessisches Informationsfreiheitsgesetz angepasst und unbefristet verlängert wird.

DIE LINKE fordert, dass bei der Beschaffung von Software immer auch geprüft wird, ob sog. Open-Source-Software, also Software entwickelt von freien Entwickler\*innen, vorhanden ist und ob der Einsatz möglich ist.

Wir wollen, dass auch Menschen mit Behinderungen und von Armut bedrohte und Seniorinnen und Senioren am Internet teilhaben können.

**Wir sind für:**

- **die Anerkennung von internetfähigen Endgeräten als Teil des soziokulturellen Existenzminimums.**
- **die grundsätzlich barrierefreie Gestaltung Kommunaler Informations- und Partizipationsangebote.**
- **kommunale Bildungsverantwortung, die sich auf medienpädagogische Qualifikation für alle Altersgruppen erstreckt.**

## **7. Öffentliche Daseinsvorsorge in demokratischer Kontrolle**

DIE LINKE steht für eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Ausbau der öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen. Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab.

Erziehung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Altenpflege, Schaffung bezahlbaren Wohnraums, öffentlicher Personennahverkehr, Energieversorgung, Wasserversorgung und Entsorgung sind öffentliche Aufgaben. Diese Einrichtungen müssen den Menschen dienen und nicht Profitwünsche privater Kapitaleigner erfüllen.

Privatisierungen haben gezeigt, dass sich die Leistungen für die Menschen vor Ort reduzieren und zugleich Arbeitsbedingungen und die Bezahlung der Beschäftigten verschlechtern.

Das wieder wachsende Interesse von Beteiligungen privater Investoren an öffentlichen Projekten (ÖPP bzw. PPP) lehnen wir ab. Diese Projekte sollen Investoren profitable Anlagemöglichkeiten eröffnen und sind für die Kommunen im Endeffekt teurer als kommunale Lösungen, wie das Beispiel der Schulsanierung im Kreis Offenbach in den vergangenen Jahren bereits belegt.

Aber auch dort, wo die Stadt ihre Gesellschaften, vor allem Entsorgungsbetriebe und Stadtwerke nicht privatisiert, aber dem Wettbewerb des Marktes unterwirft und so zwangsläufig zu den Methoden der Privaten greift, stellen sich gleiche negative Folgen ein. Mit der Kommerzialisierung sinken die Leistungen, Gebühren steigen und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten verschlechtern sich. Um dieser Entwicklung zu begegnen, ist mehr demokratische Kontrolle und Rücknahme der Kommerzialisierung notwendig.

Mitglieder in Aufsichtsräten von kommunalen Beteiligungen müssen von den kommunalen Gremien kontrolliert werden können. Transparenz, demokratische Kontrolle und Beteiligung der Bürger\*innen an Entscheidungen öffentlicher Unternehmen müssen sichergestellt werden.

**DIE LINKE fordert:**

- **Keine weitere Kommerzialisierung öffentlicher Dienstleistungen**
- **Transparenz, demokratische Kontrolle und Beteiligung der Bürger\*innen an Entscheidungen öffentlicher Unternehmen**

## **8. Inklusive und weltoffene Stadt**

### **8.1 Gesellschaftliche Teilhabe für alle Einwohner\*innen**

Viele sind von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen. Um Diskriminierung und Ausgrenzung entgegen zu wirken darf dieser Zustand nicht hingenommen werden. DIE LINKE kämpft darum für die Einbeziehung aller dauerhaft in einer Gemeinde lebenden Menschen, unabhängig ihrer Herkunft, in die kommunalen Entscheidungsprozesse.

DIE LINKE fordert ein kommunales Wahlrecht für alle hier dauerhaft lebenden Menschen ab dem 16. Lebensjahr. Solange der Gesetzgeber die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen nicht schafft, muss der Ausländerbeirat aufgewertet werden. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang, dass sich nahezu alle politischen Parteien in Neu-Isenburg dagegen ausgesprochen haben, den Ausländerbeirat durch eine Integrationskommission zu ersetzen. Das Demokratieprinzip gebietet, dass Menschen, die gemeinsam in einer Gemeinde leben, auch gemeinsam die kommunalen Entscheidungen treffen, die ihre gemeinsame Zukunft betreffen. Deshalb unterstützt DIE LINKE ein Rede- und Antragsrecht in den politischen Gremien für den Ausländerbeirat sowie für das Jugendforum. Personal und Mittel sind zum Gelingen dieser Beteiligung bereitzustellen. Kommunale Integrationskonzepte können nur dann erfolgreich sein, wenn Migrant\*innen und ihre Selbstorganisationen gleichberechtigt daran mitarbeiten können. Deshalb müssen migrationsbedingte Mehrsprachigkeit, Strukturen und Netzwerke gestärkt werden.

Wir fordern gesellschaftliche Teilhabe für alle Einwohner\*innen durch das Menschenrecht Inklusion. Es bedeutet, dass kein Mensch ausgeschlossen, ausgegrenzt oder an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden darf. Wir fordern in Neu-Isenburg fortlaufende Aktionspläne und Handlungskonzepte, um Inklusion entsprechend der „UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung“ auf kommunaler Ebene zu verwirklichen.

Die Stadt Neu-Isenburg muss in die Lage versetzt werden, selbstbestimmte Strukturen von Menschen mit Behinderung zu fördern. Eine besondere Bedeutung kommt hierbei der Beratung von und für Menschen mit Behinderungen zu. Diese muss so organisiert sein, dass nicht die wirtschaftlichen Interessen der Kommune, sondern der Mensch mit seiner Behinderung im Mittelpunkt der Beratung steht.

Zentrale Aufgabe linker Kommunalpolitik ist die barrierefreie Umgestaltung der Stadt. DIE LINKE unterstützt daher alle entsprechenden Baumaßnahmen, wie z.B. den barrierefreien Umbau aller Haltestellen für den Bus- und Bahnverkehr. Diese dürfen daher niemals unter dem Hinweis auf „unverhältnismäßige Mehraufwendungen“ unterbleiben, auch nicht, wenn geplante Einnahmen unerwartet wegbrechen. Lokale Projekte zur Stärkung gesellschaftlicher Teilhabe von Menschen mit Behinderung müssen bewusst auf Menschen mit und ohne Behinderung ausgelegt werden. Die Chancengleichheit und die rechtliche Gleichheit aller Menschen unabhängig von Herkunft, Religion, geschlechtlicher Identität oder politischer Überzeugung ist eines der stärksten Zeichen für eine integrative Gesellschaft. Die Frage der Integration muss immer im Zusammenhang mit der sozialen Frage diskutiert werden.

#### **Wir stehen für:**

- **das kommunale Wahlrecht für alle ab dem 16. Lebensjahr unabhängig ihrer Herkunft**
- **Aktionspläne und Handlungskonzepte, um Inklusion entsprechend der „UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung“ zu verwirklichen**
- **eine weitere barrierefreie Umgestaltung der Stadt**

## 8.2 Geschlechtergerechtigkeit und -gleichstellung durchsetzen

Noch immer sind Frauen in vielen Bereichen von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik unterrepräsentiert und werden ihre Leistungen sowohl materiell als auch immateriell geringer geschätzt. Altersarmut ist weiblich.

DIE LINKE setzt sich für die vollständige Gleichstellung der Frau ein. Die Sorgearbeit wird im Schnitt doppelt so häufig von Frauen wie von Männern getragen, was eine deutliche Mehrfachbelastung mit sich bringt, diese wollen wir aufbrechen. Kinderbetreuung und die Pflege von Angehörigen wollen wir kommunalisieren, dazu brauchen wir kostenfreie Kitaplätze mit guter Betreuung und flexible Öffnungszeiten. Die Corona Pandemie hat deutlich gemacht, dass die Belastung durch Homeschooling, Kinderbetreuung und Homeoffice besonders Frauen trifft und sie in ein traditionelles Rollenbild zurückdrängt. Hier fordern wir ein verlässliches Konzept für die Kinderbetreuung.

DIE LINKE. unterstützt Menschen aller Geschlechter und sexueller Orientierungen in ihrem Kampf um Anerkennung und Gleichberechtigung. Wir hinterfragen veraltete Geschlechterrollen und fordern die Überwindung patriarchaler Strukturen, die ausschließlich der Benachteiligung von Frauen dienen. Die kapitalistische Verwertbarkeitslogik, die die biologische und soziologische Realität ignoriert und eine erfundene Zuordnung von vermeintlich starken „Männern“ und schwachen „Frauen“ vorgibt, muss überwunden werden.

Noch immer kann mitnichten von einer vollständigen Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern gesprochen werden. Sowohl in der freien Wirtschaft als auch in der Politik, sind Menschen männlichen Geschlechts in höheren Positionen in deutlicher Überzahl zu Frauen zu finden. Laut Gleichstellungsatlas der Bundesregierung sind nur 27% der Mandatsträger\*innen in Deutschland dem weiblichen Geschlecht zugehörig. Das ist für uns nicht hinnehmbar! Politische Ämter und Mandate sollen zur Hälfte mit Frauen besetzt werden, das gilt insbesondere für die obersten Verwaltungsebenen. DIE LINKE. fordert daher mit Verweis auf Artikel 2 des Grundgesetzes, auf die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern und fordert die quotierte Verteilung von Mandaten und Ämtern auf kommunaler Ebene.

Die Frauenhäuser müssen angemessen finanziert werden. Wir brauchen wesentlich mehr Zimmer, die für Familien geeignet und barrierefrei sein müssen. Es darf nicht sein, dass Frauen in Not wegen ungeklärter Finanzierung oder fehlender Plätze abgewiesen werden. Da für DIE LINKE die sexuelle Selbstbestimmung des Menschen selbstverständlich ist, müssen die Beratungsstellen wie z. B. Pro Familia auch in Zukunft gut finanziert werden.

### Wir fordern:

- **Die vollständige Gleichberechtigung von Frauen und Männern**
- **Die quotierte Verteilung von Mandaten und Ämtern auf kommunaler Ebene**
- **Die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse und der Bezahlung von Pflegenden und Erziehenden**

## 8.3 Gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit trifft die Mehrheit unserer Gesellschaft überall und jederzeit – auch in Neu-Isenburg. Diese zeigt sich in Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Antifeminismus aber auch als Queerphobie, sowie in Hetze, Diskriminierung und Übergriffen auf alle, die (vermeintlich) einer Minderheit angehören. Wir treten mit aller Entschlossenheit einer Diskriminierung dieser Menschen, insbesondere auf dem

Arbeitsmarkt, im Bildungssystem und durch Behörden entgegen. Dies gilt für alle offenen und verdeckten Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung.

Offene Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung sind hierbei Beleidigungen, Hetze, Bedrohungen und Angriffe auf Personen, Vereine, interkulturelle Treffpunkte oder Gotteshäuser. DIE LINKE. setzt sich für einen angemessenen Schutz aller Menschen in Neu-Isenburg ein. Jeder Mensch soll sich in Neu-Isenburg sicher und angenommen fühlen.

Verdeckte Formen von Diskriminierung sind leider auch in Neu-Isenburg im Alltag zu beobachten. Sie zeigen sich in der Benachteiligung auf Bildungszugänge, dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, sowie in herablassendem Umgang mit (vermeintlichen) Minderheiten. Nicht immer geschieht dies bewusst. DIE LINKE. fordert deshalb intensive Aufklärungsarbeit und eine interkulturelle und geschlechtssensible Weiterentwicklung aller Institutionen. DIE LINKE. verurteilt den Generalverdacht gegen Einrichtungen, die überwiegend von Menschen mit Migrationshintergrund organisiert und mitgetragen werden. Wir stehen an der Seite aller hiervon betroffenen Inhaber\*innen von Shisha-Bars, Restaurants und anderen Vergnügungseinrichtungen. DIE LINKE. lässt keinen Raum für faschistische Hetze und kämpft für eine vielfältige und weltoffene Stadt.

Wir fördern und unterstützen alle Initiativen, die sich für ein offenes Miteinander einsetzen. Wir begrüßen es, dass sich die Stadt Neu-Isenburg an dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ beteiligt, halten es aber für fragwürdig, dass letztendlich der Magistrat und somit die Politik über die Vergabe von Fördergeldern beschließt – hier muss die Kompetenz der Bürger\*innen gestärkt werden in dem man die abschließende Beschlussfassung ausschließlich einem Gremium aus allen Schichten der Einwohner\*innen überträgt.

**Wir stehen für:**

- **Ein Ende der gruppenbezogenen Diskriminierung auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, sowie in der Bildung**
- **Eine intensivere Aufklärungsarbeit und Weiterentwicklung aller Behörden und Institutionen**
- **Den besseren Schutz von Shisha-Bars und anderen Einrichtungen, die überwiegend von Menschen mit Migrationshintergrund unterhalten werden**
- **Den entschlossenen Kampf für eine vielfältige und weltoffene Stadt Neu-Isenburg**

## **8.4 Die Hugenottenstadt als sicherer Hafen für Geflüchtete**

Obwohl weiter Menschen auf der Flucht im Meer ertrinken oder unter unmenschlichen Bedingungen an den EU-Außengrenzen leben müssen, verweigert der Bund weiterhin die Aufnahme von Menschen in Not. DIE LINKE. Neu-Isenburg sieht es als humanitäre Pflicht, Menschen in Not aufzunehmen und ihnen ein neues Zuhause zu geben. Die Ressourcen hierzu sind in Neu-Isenburg vorhanden, es ist eine Frage des politischen Willens, diese auch zu nutzen. DIE LINKE. fordert die Aufnahme Geflüchteter aus Seenotrettung, sowie aus den überfüllten und unmenschlichen Lagern an den EU-Außengrenzen. Dazu gehört Zugang zu qualitativ hochwertiger medizinischer, psychologischer und sozialer Betreuung. Ebenso fordert DIE LINKE. die Schaffung und den Zugang zu Bildungsmöglichkeiten, Arbeitsmarkt und angemessenem Wohnraum. Wir unterstützen alle Initiativen, die dies möglich machen. Gleichzeitig mahnt DIE LINKE. davor, ehrenamtliches Engagement auszunutzen, um Kosten für professionelle Betreuung einzusparen. Die Forderung nach finanzieller Unterstützung durch Bund und Land bleibt bestehen und wird weiterhin energisch verfolgt.

**Wir fordern:**

- **Die Stadt Neu-Isenburg soll sich zum „sicheren Hafen“ erklären und damit die Seebrücke-Bewegung politisch unterstützen, Teil der Seebrücke-Bewegung werden und mindestens 70 Geflüchtete aus der Seenotrettung und den Lagern aufnehmen.**
- **Den Zugang für Geflüchtete zu medizinischer, psychologischer und sozialer Betreuung, sowie zum Arbeitsmarkt und zu Bildungsmöglichkeiten sicherzustellen**
- **Die finanzielle Unterstützung für Projekte der Geflüchtetenhilfe auszubauen**

## **9. Mehr direkte Demokratie wagen**

DIE LINKE tritt für eine deutliche Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten ein. Wir wollen, dass die Menschen vor Ort durch Bürgerentscheide und Petitionen mehr unmittelbaren politischen Einfluss erhalten. Das setzt jedoch Transparenz der öffentlichen Entscheidungswege und Informationsfreiheit voraus. Wir fordern die Einrichtung einer Informations- und Meldeplattform, über die die Bürger\*innen Fragen an die Verwaltung richten können oder auch Mängel melden können. Die Stadt soll bei dem Auf- und Ausbau innerstädtischer Netzwerke und Soforthilfen unterstützen.

Das zunehmende – und unterstützenswerte – ehrenamtliche Engagement in den Kommunen darf nicht dazu missbraucht werden, öffentliche Aufgaben auf die Schultern der Ehrenamtlichen abzuwälzen. Ehrenamtlichkeit darf keine Arbeitsplätze ersetzen, sie benötigt hauptamtliche Strukturen um gut arbeiten zu können. Das bürgerschaftliche Engagement verfehlt völlig seinen Zweck, wenn den beteiligten Menschen gleichzeitig jede Mitbestimmung bei den kommunalen Entscheidungen verweigert wird.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, unabhängig von Ihrer Nationalität, mehr Möglichkeiten erhalten, die Politik in Neu-Isenburg aktiv mitzugestalten.

**Wir fordern:**

- **Einführen eines kommunalen Petitionsrechts, das den Neu-Isenburger\*innen ermöglicht, individuelle Anliegen gegenüber der Stadtverwaltung vorzubringen und zeitnah darüber Auskunft zu bekommen, wie die Verantwortlichen damit umgehen wollen.**
- **Erstellen einer Informations- und Meldeplattform (Mängelmelder) der Stadtverwaltung für alle Bürger\*innen**
- **Ausbau der innerstädtischen Netzwerke und Soforthilfen, vor allen in Krisenzeiten**

## **10. Kampf gegen Faschismus und Rassismus und für eine Kommune für den Frieden**

Alle Formen des Rassismus richten sich gegen ein menschliches Zusammenleben aller. Wir wenden uns gegen alle Kräfte, die ethnische oder religiöse Minderheiten zu Sündenböcken für eine verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik machen. Einer Diskriminierung dieser Minderheiten insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungssystem und durch Behörden treten wir entschieden entgegen.

Wir verteidigen das Recht aller Religionsgemeinschaften auf eine freie Religionsausübung im Rahmen der allgemeinen Gesetze und bekämpfen deshalb die Hetze und die Aktionen rechtspopulistischer, rassistischer und faschistischer Organisationen gegen Gotteshäuser. Wo faschistische Organisationen auftreten, verteidigen wir – auch in lokalen überparteilichen Bündnissen - den öffentlichen Raum gegen ihre Hetze. Wir setzen auf antifaschistische



Aufklärungsarbeit. Vereine, Kultur- und Jugendinitiativen, die auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen orientieren, müssen kommunal gefördert werden. Wir setzen uns für eine antifaschistische und aufklärerische Erinnerungsarbeit vor Ort ein.

DIE LINKE ist Teil der Friedensbewegung. Wir stehen gegen die Rüstungsindustrie und Auslandseinsätze der Bundeswehr. Wir wenden uns gegen jede Militarisierung des Lebens in der Kommune. Die Werbung für die Bundeswehr und Auslandseinsätze hat in Schulen, Ausbildungsmessen, Jobbörsen, Arbeitsagenturen und bei Großveranstaltungen (wie z.B. Hessentagen) nichts zu suchen.

Wir befürworten Städtepartnerschaften und wollen sie dazu nutzen, die internationale Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen und Kultureinrichtungen zu stärken. Wir setzen uns ein für eine solidarische Kooperation der Kommunen auf europäischer und internationaler Ebene in den Bereichen Entwicklungspolitik, gerechte Weltwirtschaft, Arbeitswelt, Umwelt und präventive Friedenspolitik. Wir begrüßen die Mitgliedschaft des Bürgermeisters in der Organisation Mayors for Peace.

## **11. Reichtum besteuern und kommunale Aufgaben finanzieren**

Ob Schulen, Kitas, sozialer Wohnungsbau oder öffentlicher Nahverkehr: Der Investitionsstau in unseren Städten und Gemeinden war bereits vor der Corona-Pandemie gigantisch und auch in Neu-Isenburg zumindest beim Neubau von Sozialwohnungen festzustellen. Die Politik der „schwarzen Null“ – manifestiert in der Schuldenbremse – hat sich zu einem gigantischen Investitionshemmnis entwickelt.

Von allen staatlichen Ebenen treffen die Auswirkungen der aktuellen Krise die Kommunen am stärksten. Steuereinnahmen brechen weg, Einnahmen aus Gebühren fallen aus. In Hessen drohen den Kommunen in den nächsten Jahren Steuermindereinnahmen von über 3,5 Milliarden Euro. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer, eine der wichtigsten Finanzquellen der Stadt Neu-Isenburg, sind um bis zu 30 Prozent eingebrochen. Das Ende der Fahnenstange ist noch nicht erreicht. Hinzu kommen wachsende Aufgaben im Sozial- und Gesundheitsbereich, die einen weiteren Mitteleinsatz notwendig machen. Bereits vor Corona waren die Kommunen drastisch unterfinanziert. Wenn nicht gegengesteuert wird, drohen dramatische Kürzungsrunden.

Wir fordern, dass Menschen mit geringen und mittleren Einkommen nicht die Kosten für die aktuelle Krise zahlen sollen, weder durch Kürzungen von sozialen Leistungen (z. B. Streichung von Beratungsangeboten) noch durch Erhöhungen von Steuer, Gebühren oder Abgaben für kommunale Dienstleistungen sowie kultureller Teilhabe. Bei einem gerechten Steuersystem, bei dem die Reichen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Kasse gebeten würden, könnten die kommunalen Aufgaben, die allen Bürger\*innen zugutekommen, problemlos erfüllt werden. In der Krise setzen wir uns dafür ein, dass die Krisenkosten nicht wieder auf breite Teile der Bevölkerung abgewälzt werden.

In Neu-Isenburg und auf Landesebene setzen sich linke Kommunalpolitiker\*innen für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen ein. Dabei gilt für uns: DIE LINKE beteiligt sich nicht an einer Politik, die Stellenabbau, Privatisierungen oder Sozialabbau betreibt, um städtische Haushalte zu finanzieren.

Wer bestellt, der bezahlt. An die Kommunen werden von Bund und Land zahlreiche Aufgaben der Daseinsfürsorge wie Ausbau der Kinderbetreuung, Zahlung des Sozialgeldes, Zahlung von Wohngeld usw. delegiert. Das ist im Sinne der Dezentralisierung vernünftig. Allerdings sollten die, die bestellen, auch die nötigen, zusätzlichen Mittel bereitstellen. DIE LINKE wird von der Stadt Neu-Isenburg einfordern, die Kosten für die übertragenen Aufgaben zu ermitteln, die Bürger\*innen darüber zu informieren und gemeinsam mit anderen Städten und Gemeinden für deren Übernahme durch Bund und Land einzutreten.

## **DIE LINKE fordert:**

- **Eine höhere, d.h. gerechtere Besteuerung von Reichtum und Vermögen, um die Kosten der Krise zu decken**
- **Das Ende der Unterfinanzierung unserer Kommune durch die Landesregierung**
- **Einhaltung des Konnexitätsprinzips („Wer bestellt, muss zahlen“) durch Land und Bund – vollständige Kostenübernahme aller Leistungen, mit denen die Kommunen beauftragt werden**
- **Die Ermittlung der übertragenen Kosten durch Bund und Land durch den Magistrat und die breite und offene Kommunikation dieser Kosten an die Bürger\*innen**
- **Eine Abkehr von der Schuldenbremse, die Investitionen in die Zukunft, wie z.B. die Modernisierung der Hugenhottenhalle und Stadtbibliothek verhindern.**

## **12. Zukunftsvisionen und Demografischer Wandel**

Die von Konservativen geführte bürgerliche Koalition in Neu-Isenburg hat in den vergangenen Jahren einige Zukunftsthemen angesprochen, aber Visionen oder gar ganzheitliche Konzepte für die Stadt- und Verkehrsentwicklung sind nicht erkennbar. Stattdessen gibt es immer nur Flickwerk. Und wenn man nicht mehr weiter weiß, gründet man einen Arbeitskreis oder beauftragt einen Gutachter.

Die vorliegenden Verkehrs- und Bebauungsplanungen sind ideenlos und bieten keine Zukunftsperspektiven. Es fehlen konkrete Konzepte und Schwerpunkte. Die Bürger\*innen können keine echten Zielsetzungen erkennen, ganz zu schweigen von Umsetzungsplänen, transparenten Strukturen und klaren zeitlichen Vorgaben.

Die Vision einer Verlängerung der Straßenbahn von der nördlichen Stadtgrenze bis nach Dreieich-Sprendlingen, ggf. sogar bis Langen sollte ernsthaft geprüft werden. Eine Straßenbahn in der Frankfurter Straße kann mehr zur Entschleunigung beitragen als die Forderung nach Tempo 30. DIE LINKE Neu-Isenburg setzt sich für die Wiederbelebung der Fußgängerzone in der Bahnhofstraße ein. Durch Abkoppelung von der Frankfurter Straße und die kompakteren und umfangreicheren Einkaufsmöglichkeiten im Isenburg-Zentrum, ist die Bahnhofstrasse keine belebte Fußgängerzone. Kleine Ladengeschäfte benötigen Laufkundschaft, die bis auf den samstäglichen Wochenmarkt, dort kaum vorhanden ist. DIE LINKE möchte durch die Einführung sozialer Treffpunkte wie z.B. einem Mehrgenerationenhaus oder einem Mutter-Kind Café der Verödung entgegen treten. Auch die Schaffung von öffentlichen Bücherschränken kann die Attraktivität der Fußgängerzone vorantreiben.

DIE LINKE identifiziert weiterhin die zunehmende Alterung der Gesellschaft als ein wichtiges Zukunftsthema. Wir benötigen menschenwürdige Pflegedienstleistungen und einen Umbau der Infrastruktur, um den Bedürfnissen der Senioren gerecht zu werden, etwa mehr betreutes Wohnen oder die Umgestaltung des öffentlichen Raumes (z. B. längere Ampelschaltungen oder abgesenkte Bordsteine und Schaffung von mehr Sitzmöglichkeiten). Ältere Mitbürger sind durch fehlende Mobilität zunehmend an der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen. Dem möchte DIE LINKE mit verschiedenen Ansätzen entgegen treten.

Das Quartier 4 in Neu-Isenburg ist ein nahezu ideales Modell zur Betreuung älterer Menschen in Neu-Isenburg. Allerdings fehlt diese Möglichkeit der Vernetzung in die Gesellschaft für die meisten älteren Mitbürger in anderen Stadtgebieten. Ein vergleichbarer attraktiver und gut erreichbarer Treffpunkt z. B. mit Nachmittagskaffee und Freizeitangeboten sowie interessanten Kursen für ältere Menschen muss den Bürgerinnen und Bürgern auch in den Ortsteilen und auch im Osten der Stadt sowie im Stadtquartier Süd angeboten werden. Die Aufwendungen für Menschen mit Beeinträchtigungen müssen erhöht werden, um eine Teilnahme am öffentlichen Leben auf angenehme Art und Weise für Alle zu ermöglichen.

Wir müssen lernen, die Erfahrungen der Älteren wieder Wert zu schätzen. Die Vernetzung aller Bürger Neu-Isenburgs muss generationenübergreifend geschehen. Durch Einführung von einem „Leih-Oma/Opa-Modell“ und durch Vorlesestunden von älteren Menschen in Kindertagesstätten (nach Überwindung der Corona-Pandemie), möchte DIE LINKE in Neu-Isenburg einen Grundstein hierfür legen.

## **Mitmachen**

Ob soziale Ungleichheit, Klimawandel, Beschäftigungspolitik, Bildungschancen oder Gesundheitsversorgung: Veränderungen fangen vor Ort an und wirken sich vor Ort aus. Wir rufen die Menschen auf, sich für ihre Belange einzumischen und für notwendige Veränderungen stark zu machen. Wir ermuntern diejenigen, die nicht länger einfach alles geschehen lassen wollen, aktiv für eine bessere Zukunft einzutreten und mit uns gemeinsam für eine soziale, offene und demokratische Kommunalpolitik zu streiten.

**Unterstützen Sie uns, durch Ihre Stimme.**

**Deshalb am 14. März 2021 Liste 6 wählen!**



V.i.S.d.P. Edgar Schultheiß,  
Richard-Wagner- Str. 13, 63263 Neu-Isenburg  
Kontakt: die-linke\_ov-neu-isenburg@online.de